



Offener Brief an das Bundesumweltministerium / BMU  
 Referat Öffentlichkeitsarbeit zum Bericht :  
 "Müllverbrennung – ein Gefahrenherd ?"

Für diesen Bericht verleihen wir den:  
**"Oskar für die schlechteste Umweltnachricht des Jahres 2006"**  
 Autor: Klaus Koch / 11-2006

Über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Bundesumweltministeriums wurde im Juni 2005 der 8-seitige Bericht "Müllverbrennung – ein Gefahrenherd? Abschied von der Dioxinschleuder" veröffentlicht. (siehe auch [www.bmu.de](http://www.bmu.de))

**Vorwort:**

Die einseitige Rechnung von Politik und Wirtschaft, die eine vollständige Privatisierung der Abfallwirtschaft anstrebt, scheint aufzugehen, denn noch nie zuvor wurden in der gesamten BRD derartig viele neue Verbrennungsanlagen für Abfälle geplant, erweitert, ausgebaut oder auch Abfälle in Kohle-, Stahl-, Zementwerken entsorgt. Eines der größten Abfallhändler und Entsorger in Europa, die Fa. REMONDIS hat in einer Übersicht alle neu geplanten Anlagen, die ab dem 1.6.2005 projektiert wurden, in einer Liste zusammengefasst. Die aktuellste Fassung Oktober 2006 weist dann auch eine Behandlungs- und Entsorgungskapazität in Anlagen von 23,5 Mio. Tonnen Abfälle aus. Darin enthalten sind die Neuplanungen von MVA in den Niederlanden, die mit Rund 2,5 Mio. Tonnen abgezogen werden müssen. Konkret heißt dies, dass Beseitigungs- und Verwertungskapazitäten für über 20 Mio. Tonnen geplant werden. (s. Tab. 1)

**Tabelle 1: In Betrieb genommene, entstehende und geplante Kapazitäten im Bereich Hausmüll / Gewerbeabfall beziehungsweise Ersatzbrennstoff in Deutschland und den Niederlanden seit 1. Juni 2005**

<i>MVA Kapazitäten</i>	6.605.000
<i>EBS Kapazitäten</i>	11.835.000
<i>Kompostierung</i>	4.500.000
<i>Sperrmüllverwertung in BMK</i>	600.000
<i>Verwertung in Gewerbeabfallanlagen</i>	1.000.000
Gesamt:	<u>24.540.000</u>
<b>Abzüglich MVA-Bau in Niederlanden</b>	<b>2.470.000</b>
<b>Gesamtsumme BRD Neukapazitäten</b>	<b><u>22.070.000</u></b>

Quelle: Remondis Stand 08.01.2007

Zur Umsetzung dieser weit über 100 geplanten Abfallverbrennungsanlagen leistete die Unbedenklichkeitserklärung des BMU zu den "Gefahren der Müllverbrennung" eine willkommene Schützenhilfe. Dem uninformierten Leser dieser Broschüre wird suggeriert, dass die Abfallverbrennung für die Umwelt keine Gefahr mehr darstellt.

Leider ist dies nicht der Fall: mit großer Sorge wird in den letzten Jahren bei Neuplanungen oder dem Ausbau von allen Arten der Abfallverbrennung, ob über den Neubau oder Erweiterung der klassischen Siedlungsabfallentsorgungsanlage, über neue Industrie-Heizkraftwerke zur Verbrennung von Sekundärroh-, und Ersatzbrennstoffen, oder die Mitverbrennung von heizwertreichen Abfällen eine Abkehr in der Qualität der Rauchgasreinigungsanlagen beobachtet.

Statt wie bereits in vielen MVA praktiziert (siehe u.a. MVA Bielefeld / MVA Borsigstr. MVA Kiel) über mehrstufige Rauchgasreinigungsanlagen ein technisches Optimum der Filterung von Schadstoffen zum Schutz der Bevölkerung zu erzielen, werden neue Verbrennungsanlagen mit unzureichenden und billigen Filteranlagen ausgerüstet, die den untersten Level des bestmöglichen „Stand der Technik“ einhalten. Diese Anlagen halten zwar nach dem Gesetz die Grenzwerte der geforderten 17. BImSchV ein. Sie ermöglichen jedoch kein Minimierungspotential, wie es mehrstufige Rauchgasreinigungsanlagen mit besserer Filtertechnik möglich ist, die bis zu über 90% der Grenzwerte unterschreiten können. Das auch dann noch diese Verbrennungsanlagen ein unkalkulierbares Risiko über den chemischen Cocktail der Abfälle darstellt, sei zwingend hier angemerkt.

Welcher Stand der Technik hingegen möglich und auch von der europäischen Union eingefordert wird, ist den Dokumenten des BREF- und Sevilla-Protokoll zu entnehmen: <http://eippcb.irc.es> oder [www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm](http://www.umweltbundesamt.de/nfp-bat/index.htm) . Die Einhaltung dieser Werte wird von dem Ökotoxikologen Dr. Kruse sowie auch von Kühling/Peters über nachhaltige „Vorsorgewerte“ zum bestmöglichen technischen Schutz für die Bevölkerung gefordert.

## Feinst-Staubproblematik unerwähnt

Die Problematik der Feinstäube, die lungengängig und sehr viel Feiner als der Grobstaub, (PM<sub>10</sub>) der z.Z. als Grenzwert (10 mg/m<sup>3</sup>) von allen Abfallverbrennungsanlagen über die 17. Bundesimmissionsschutzverordnung eingehalten werden muss, wird in der BMU-Broschüre hingegen nur unzureichend erwähnt.

Dabei dürfte es den zuständigen Behördenvertretern in den Fachreferaten bekannt sein, das **lungengängige Feinststäube** (Durchmesser 0,1 bis 2,5 PM) von den Filteranlagen der Abfallverbrennungsanlagen bislang nicht herausgefiltert werden können. Diese verlassen unkontrolliert die Schornsteine der Verbrennungsanlagen.

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat in seinem Sondergutachten zur Umwelt bereits 2002 auf die steigende Problematik, sowie in den Auswirkungen auf die zunehmenden Gesundheitsgefahren der lungengängigen Feinststäube aufmerksam gemacht. Doch diese Umweltbelastungen werden bislang überwiegend von Politik und Behörden weitestgehend ignoriert.

Diese Aussagen werden durch unzureichende Pläne zur Minderung von Feinstäuben und Klagen von Umweltverbänden gegen Behörden in Großstädten u. a. wie Berlin, Stuttgart, München, Hannover leider vielfach bestätigt. Die Folgen dieser politischen Untätigkeit gehen zu Lasten der Umwelt und unserer aller Gesundheit.

Da mit der steigenden Anzahl der Energie-, Produktions-, Groß-, und Kleinfeuerungsanlagen auch die Feinststäube weiterhin zunehmen, kann nicht von einer Abnahme, sondern muss eher von einer Zunahme der über die Abluft emittierten Schadstoffe gesprochen werden.

Dies ist auch der Hintergrund einer Steigerung der umweltbedingten Erkrankungen: Statistisch kommt heute jedes 2. Neugeborene mit Allergien oder Neurodermitis zur Welt. Die Zunahme der Krebserkrankungen hat ihren Ursprung fast ausschließlich in der Umweltbelastung. Jeder 4. Tote verstarb an Krebs. Jede 3. Familie bleibt kinderlos, da die Spermien durch Umweltgifte minimiert, bzw. geschädigt wurden.

### Geschädigte Körperabwehr

Unser Körper ist einer Vielzahl weiterer Giftstoffe über die Nahrung oder z.B. am Arbeitsplatz, sowie auch Wohnraumgiften ausgesetzt. Die Summe aller auf den Menschen einwirkenden Schadstoffe beeinflusst nachhaltig die körpereigene Abwehr; dies führt zu einer dauerhaften Schwächung des Immunsystems. Mit der Atmung nehmen wir Gase und Stäube der Außenluft in unseren Körper auf, die durch ihre Feinheit tief in die Lunge eindringen können. Dabei haben unsere Luftwege eine natürliche Filterfunktion für Fremdstoffen.

Je tiefer die Schadstoffe jedoch in die Lunge eindringen können, umso gravierender sind die gesundheitlichen Folgen. Die menschliche Filterwirkung ist abhängig von den Eigenschaften der Giftstoffe. Je nach Schadstoff sind daher unterschiedliche Organe stärker betroffen.

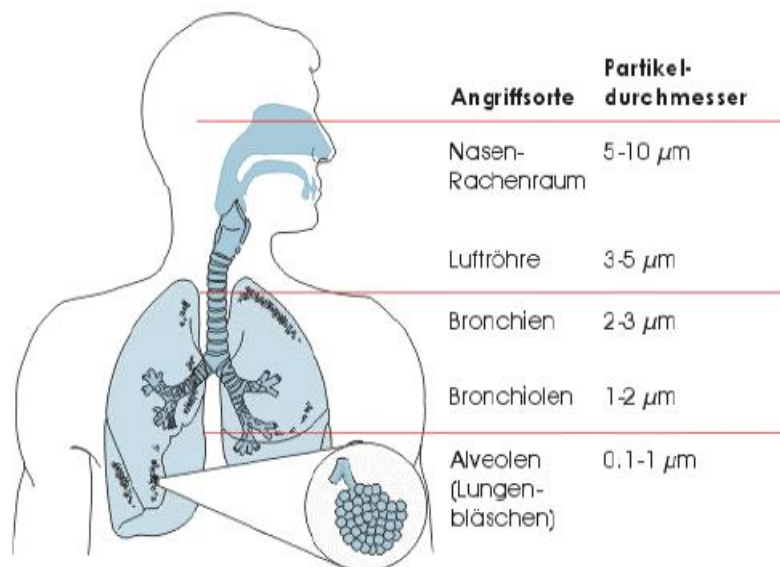


Abbildung 3: Lungengängige Feinstäube erzeugen Krebs

## Wirkungen der Feinststäube

Je nach der Größe der Partikel spricht man von Schwebstaub, Feinstaub und ultrafeinem Staub. (1 Mikrometer = 1 Millionstel Meter, 100 Mikrometer entspricht zum Vergleich der Dicke eines Haares)

▶ Feinstaub, bis zu 10 Mikrometer gelangt bis in den oberen Bereich der Lunge

▶ Feinstaub, kleiner als 2,5 Mikrometer, gelangt bis in den Zentralbereich der Lunge

▶ Ultrafeinstaub kleiner als 0,1 Mikrometer - dringt tief in die Lungenbläschen ein

Während gröbere Teilchen nicht eingeatmet bzw. bereits im oberen Teil des Atemtrakts herausgefiltert werden können, gelangt ein Teil der Feinstäube über den Kehlkopf hinaus in die Lunge. Dort wirken sich die Staubteilchen besonders schädlich aus. (siehe Abbildung 3)

### Einige Zahlen und Fakten:

Die Vielzahl der über die Luft eingeatmeten Gifte bewirkt je nach Schädigung der Körperabwehr u.a. Pseudo-Krupp, Bronchial-Asthma, Allergien. Ebenfalls können diese Schadstoffe Krebs auslösen und sind leibesfruchtschädigend. Die Behandlungskosten der Atemwegserkrankungen belasten insbesondere im fortgeschrittenen Stadien der Erkrankung die Volkswirtschaft und das Gesundheitssystem erheblich. (Nikolaus Konietzko, Helmut Fabel, **Weißbuch Lunge 2003** / G. Thieme, Stuttgart, New York, 2000)

Während andere Krankheiten wie z.B. Herz-Kreislaufkrankungen zurückgehen, sind Atemwegserkrankungen auf dem Vormarsch. Die medizinische Wissenschaft rechnet mit weiteren Steigerungen von insgesamt 25 Prozent bis zum Jahre 2010.

▶ 10 Prozent aller Todesursachen in Deutschland gehen auf Erkrankungen der Atmungsorgane zurück.

▶ Damit belegen sie in der Todesursachenstatistik Rang 3 - Tendenz steigend.

▶ 40 Prozent aller Todesfälle auf Intensivstationen werden durch Lungenkomplikationen verursacht; die Patienten sterben an Lungenentzündung, der Schocklunge (auch ARDS genannt) oder an akutem Atemversagen.

▶ Männer sterben am häufigsten an Bronchialkrebs.

▶ Mehr als ein Drittel aller Berufskrankheiten entfällt auf Erkrankungen der Lunge.

▶ Der Anteil der Arbeitsunfähigkeit durch Atemwegs- und Lungenkrankheiten liegt bei 28 Prozent

▶ 7 Prozent aller Krankenhausbetten werden von Patienten mit Lungenkrankheiten belegt.

▶ Jeder 4 Tote verstarb an Krebs – der nachgewiesenen umweltbedingten Ursachen hat

## Nur geschätzte Dioxin-Daten

Auffällig ist, dass in der Broschüre nur minimale Angaben zu den Literaturquellen gemacht werden. Hauptsächlich wird lediglich aus einem einzigen Gutachten zitiert. (IFEU 2004 - im Auftrage des Umweltbundesamtes) In dieser IFEU-Expertise werden lediglich nur geschätzte Daten der Dioxinmengen für das Jahr 2000 (UBA) präsentiert. Somit bleiben, was die Seriosität und die zeitnahe Aktualität der Daten zur Schadstoffproblematik anbelangt, mehr Fragen offen, als in dem Bericht insgesamt beantwortet werden.

Das Bundesumweltministerium muss sich die Frage gefallen lassen, was mit diesem Bericht erreicht werden soll? Zu einem Zeitpunkt, in dem zu Recht Abfälle ohne eine Vorbehandlung des biologischen Anteils der Abfälle nicht mehr deponiert (siehe TASI Vorgaben zum 1.6.2005) werden dürfen, wird eine erneute Unbedenklichkeitserklärung für die Verbrennung von Abfällen vom BMU geliefert. Obwohl der Gesetzgeber die Gleichbehandlung von MVA und MBA bereits zuvor per Gesetz festgeschrieben hatte, wird in den Kommunen durch diese Broschüre die Müllverbrennung favorisiert.

Statt die Kommunen und Entscheidungsträger über die alternativen Techniken der mechanisch-biologischen Abfallbehandlung (MBA) sachgerecht aufzuklären, das die dieselben Aufschluss- und Verwertungsraten wie in der Verbrennung von Abfällen umweltverträglicher und kostengünstiger ermöglicht werden könnten, werden wie gehabt, nur einseitige Platitüren der Unbedenklichkeit der Verbrennungstechniken in die Öffentlichkeit getragen. Diese Richtungsweisung ist deshalb vom BMU so Tendenziös wie falsch.

## Keine neuen MVA benötigt

Bereits Ende 1999 beschrieb der bvse\* in einem Gutachten zutreffend: "Was Deutschland über die zukünftige Abfallwirtschaft benötigt, sind keine weiteren Müllverbrennungsanlagen, sondern (zu den bereits bestehenden MV-Anlagen) viele weitere MBA, Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen zur Vorbehandlung von allen Abfällen." Diese Ansicht – da nachhaltig und zukunftsweisend – wird uneingeschränkt geteilt.

Auch dem BMU ist durch eigene Datenermittlung bekannt, das gegenüber MVA- Anlagen die MBA- Anlagen kostengünstiger für die Kommunen und in der Lage sind, die Wertstoffe aus dem Abfall herauszuziehen. Selbst bei rückläufigen Abfallmengen kann die MBA als reine Sortierungs-, Kompost-, oder auch als Klärschlammbehandlungsanlage fungieren; bzw. ohne größeren Finanzaufwand umgebaut werden. **Diese Anlagenflexibilität kann keine MVA ermöglichen.** Im Gegenteil: Verbrennungsanlagen sind starr auf den Mengenerhalt der Abfälle ausgerichtet. Wenn Müllmengen ausbleiben, (wie z.B. in der MVA München Nord in der 1 von 2 Ofenlinien mangels Abfälle stillgelegt wurde) fallen dennoch dieselben Kosten für die Unterhaltung der MV-Anlagen an.

Entscheidend ist jedoch die Kurzsichtigkeit der einseitig auf Abfallverbrennungsanlagen gepolten bundesdeutschen Verwaltungsbeamten und Politiker, denn MVA vernichten wertvolle Rohstoffe der Zukunft.

\* bvse - Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. ([www.bvse.de](http://www.bvse.de))

Bei immer noch überwiegender Stromproduktion erreicht die überwiegende Anzahl der Müllverbrennungsanlagen in der BRD eine sehr schlechte Energieausbeute von unter 20%. (ohne Anteil des Eigenenergieverbrauch) An der Gesamtstromproduktion in der BRD sind alle Abfallverbrennungsanlagen zusammen gerade einmal mit unter 3 % beteiligt.(Euwid 10-2004)

## Heizwertreiche Abfälle

Heizwertreiche Abfälle sind im wahrsten Sinne des Wortes bundesweit mehr als heißbegehrt. Über die Abtrennung von nichtbrennbaren sowie nassen, kompostierfähigen Abfällen soll in MBA und MBS-Abfallaufbereitungsanlagen ein Ersatzbrennstoff erzeugt werden, der als so genannter Sekundärbrennstoff sogar RAL-Güteeigenschaften aufweisen soll. Doch weder die Menge an Aufbereitungsanlagen noch die Menge an Abfällen ist derzeit in Deutschland vorhanden. Zur Abtrennung von heizwertreichen Abfällen wird in der Regel die doppelte, oder sogar mehr an Ursprungsmengen benötigt.

Selbst die Entfernung von Inertstoffen wie Glas, Steine, Metalle oder nasse Materialien, macht aus Abfällen, die aus über 60.000 verschiedenen Chemikalien bestehen, keinen "schadstofffreien" Abfall. Im Gegenteil: über einschlägige Literatur ist bekannt, dass im Besonderen Gewerbeabfälle als höher mit Schwermetallen belastet sind, als herkömmliche Siedlungsabfälle.

Hochkalorische Ersatzbrennstoffe, so die übereinstimmende Argumentation der Entsorger, sollen in zusätzlichen, neuen Abfallverbrennungskapazitäten fast ausschließlich zur Verbrennung von Gewerbeabfällen errichtet werden. (s. BDE / LAGA / ITAD)

Gewerbeabfälle werden nicht wie Siedlungsabfälle seit Jahren statistisch erfasst; sie ist somit in ihrem Mengenaufkommen unkalkulierbar. Entsprechend werden je nach Interessenlage der Verbrennungslobby für neu zu errichtende Verbrennungsanlagen die Gewerbemengen hochgeschraubt.

Eine neue Generation der so genannten "*Thermische Verwertungsanlagen*", soll vorsortierte Abfälle mit einem durchschnittlichem Heizwert von 12.-18.000 kg/J verbrennen. Diese Abfallverbrennungsanlagen sind wie herkömmliche MVA nach § 4 und 10 des BImSchG zu genehmigenden und müssen ebenso wie normale Müllverbrennungsanlagen auch die Grenzwerte der 17. BImSchV einhalten. Sie genießen damit auch keinen "energetischen Sonderstatus" wie es viele leichtgläubige Politiker der Bevölkerung zur schnelleren Durchsetzung dieser als "sauber" bezeichneten Verbrennungsanlagen gerne glaubhaft machen wollen. Diese Anlagen werden als "Industrieheizkraftwerke" überwiegend an bestehende, energieaufwändige Produktions-, und Industrieanlagen angegliedert. Um den steigenden Energiepreisen zu entgegen, wird über die Verbrennung von Abfällen eine kostengünstige Energie- und Dampflieferantenquelle genutzt.

Doch diese Anlagen bedingen wie auch MVA eine Kontinuität im Anfall der Abfallmengen, so das Abfallvermeidung und Verwertung durch den Zwang zur Auslastung dieser erstellten Verbrennungskapazitäten untergeordnet werden. Im Besonderen die Abfallvermeidung bleibt auf der Strecke.

## Teure Energie

Da diese Verbrennungsanlagen wie auch die MVA auf den Erhalt von Abfallmengen angewiesen sind, lässt dies nicht den Schluss zu, dass sich eine Wiederverwertungs- und Stoffstrommanagement zur Schonung der endlichen Rohstoffvorkommen alsbald umsetzen lässt.

Statt die hohen Energiepreise gemeinsam durch eine kritische Hinterfragung der Oligopole von nur 4 Energiefirmen in der BRD anzuprangern, um so Politik und Behörden zum Handeln und Schaffung von mehr Wettbewerb durch alternative Stromanbieter zu zwingen, werden wieder einmal nur Insellösungen für Großenergieabnehmer geschaffen.

Abfallverbrennungsanlagen helfen der Industrie zu Lasten der Umwelt billigen Strom zu erzeugen. Weil jedoch die großen Stromabnehmer wegfallen, wird der Grundpreis der Energiekosten für den Normalverbraucher weiter ansteigen, was letztendlich wir Bürger bezahlen müssen. Zugleich bedingt dies den Erhalt der Abfallmengen, die immer mehr unter die Kontrolle von Großunternehmen gelangen.

Abfallverbrennung, ganz gleich wie dies mit schönfärberischen Worten in der gesamten BRD oft als *„Ersatzbrennstoff-Industrie-Heizkraftwerke oder als Energetische Verwertungsanlagen“* bezeichnet werden, diese Anlagen haben trotz der Unbedenklichkeitserklärung des BMU keine Daseinsberechtigung. Was von den obersten Umweltschützern im BMU vergessen wird, ist die Tatsache, dass jede weitere Abfallverbrennungsanlage eine sachgerechte und ressourcen-schonende Produktion von nur endlich vorhandenen Rohstoffen behindert, Abfallvermeidung wird so mit System verhindert.

## Unbedenklich?

Im Gegenteil: durch den weiteren Bau der von der Politik als notwendig und unbedenklich ausgewiesenen Verbrennung von Abfällen wird die Chemielobby und die Einwegindustrie weiterhin in ihrer Argumentation bestätigt, auch zukünftig noch schadstoffhaltige- und überflüssige Produkte zu erzeugen. Diese Abfälle werden letztendlich immer noch über die Gebühren zu Lasten der Bevölkerung entsorgt, statt sie über eine funktionsfähige Produkthaftung von der Industrie zu recyceln.

Statt über Gesetze und Verordnungen Einfluss auf diese schwerfällige Industrie zu nehmen, die nicht auf Veränderungen, sondern auf den Fortbestand ihrer abfallintensiven Produktionsweisen besteht, wird stattdessen die Verbrennung von Abfällen über diesen Bericht weiterhin "Hoffähig" gemacht. Auch die als „Klimafreundlich“ ausgewiesene MVA-Unbedenklichkeit muss mehr als kritisch hinterfragt werden. Unberücksichtigt bleibt bei diesem Bericht die Gesamtbetrachtung über die Produktlinie und die Ökobilanz von Abfällen. Diese hätte aufzeigt, dass bereits in der Herstellung von Produkten durchschnittlich die 6-fache Menge an Abfällen für die Produktion des Konsumgutes entsteht. Damit fällt die angebliche Klimaneutralität über die Verbrennung von Abfällen in MVA gegenüber einer stofflichen Wiederverwertung wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Doch diese Wahrheiten verschweigt die Broschüre dem Leser.

## Überkapazitäten der Entsorgung

Der BDE, Bund der Entsorger, Erfinder des RAL-Gütezeichen für heizwertreiche Abfälle und damit Lobbyist für die neuen Verbrennungsanlagen, sieht dann auch goldene Zeiten der neuen Abfallverbrennungsanlagen am Horizont. Während der BDE mit einer Entsorgungslücke von ca. 15 Mio. Tonnen pro Jahr rechnet, betrachtet die LAGA, die Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, bestehend aus Mitarbeitern der Umweltministerien aus allen Bundesländern diese Aussagen sehr viel realistischer:

Die max. Prognose der LAGA für den angeblich wieder in die Kommunen zurückkehrenden Gewerbeabfall liegt in der BRD zwischen 0,3 und 3,4 Mio. Tonnen. Diese Verbrennungskapazitäten wurden wie die Remondis-Liste zeigt, längst erreicht. Sollten alle Pläne umgesetzt werden, so sind ca. 1/3 aller Neubauten nicht mit Abfällen ausgelastet.

<b>Entsorgungslücke Abfall ?</b>			
<b>Angaben in Mio. Tonnen</b>	<b>Prognos</b>	<b>LAGA</b>	<b>BDE</b>
<b>Abfallmenge</b>	34,1	28,8	45,9
<b>Behandlungskapazität</b>	25,0 - 27,0	24,6 - 27,4	30,8 - 41,8
<b>Entsorgungslücke</b>	7,1 - 9,1	0,3 - 3,4	4,1 - 15,1

Quelle: TK Umweltdienste 2006

Es ist deshalb zu befürchten, dass durch diese überdimensionierten Verbrennungskapazitäten ein gigantischer Müllsog und in Folge ein Mülltourismus entsteht. Bereits heute werden pro Jahr über 35 Mio. Abfälle auf deutschen Strassen transportiert.

Dieser Mülltourismus macht zukünftig nicht mehr vor den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland halt:

**Industrie- und Gewerbeabfälle unterliegen keinem kommunalen Andienungszwang wie die Siedlungsabfälle. Sie können laut EU-Gesetz als Wertstoffe im freien Warenverkehr in ganz Europa gehandelt und überall entsorgt werden.** Es ist deshalb zu befürchten, dass MVA-Überkapazitäten bei ausbleibenden Abfallmengen durch ausländische Abfallimporte ersetzt werden. (siehe BKB-Hamel / MVA Weisweiler, MVA Offenburg uvw.) Laut Statistik des Umweltbundesamtes werden bereits jetzt jährlich 6 Mio. Abfälle (Siedlungs-, und Gewerbeabfall) aus ganz Europa nach Deutschland importiert, mit steigender Tendenz.

Diese Befürchtung wird durch die Firma REMONDIS bestätigt: Der Konzernchef Rethmann empfahl in einer Pressenachricht (7/2006) vor 2008 keine festen Abfalllieferverträge mehr mit Firmen abzuschließen, da nicht gewährleistet sei, ob langfristig abgeschlossene Verträge überhaupt eingehalten und diverse Firmen nicht Konkurs anmelden müssten. Es wird bei dieser Konkurrenz des Abfall zu Recht befürchtet, dass die Abfallmengen in der BRD nicht mehr vorhanden sind und dann zur Auslastung dieser Anlagen aus dem Ausland herangeschafft werden müssten.

Das diese Entwicklung lange durch die Umweltbewegung vorausgesagt worden war, ist unbestreitbar. Durch jede weitere Abfallverbrennungsanlage wird der Zwang zur Belieferung dieser Anlagen größer – und die abfallintensiven Produktions- und Herstellerverfahren der Industrie muss nicht geändert werden.

Das die Bürger bundesweit dabei hinters Licht geführt werden, in dem sie Bienenfleißig eine wertstoffliche Abfallaufbereitung über den Grünen Punkt (DSD) finanzieren und diese Abfälle heute dazu genutzt werden, um als sogenannte heizwertreiche Abfälle für viel Geld auf dem Verbrennungsmarkt gehandelt werden, sei hier nur am Rande erwähnt. Ebenfalls dürfte nachvollziehbar sein, dass Abfälle dadurch teurer werden, denn ob leerstehende oder ausgelastete Verbrennungsanlagen: die Zeche zahlt immer die Bevölkerung!

## Müllvermeidung nur Worthülse

Das BMU hat allen Bestrebungen zur Abfallvermeidung - die bislang ohnehin nur im Gesetzestext als eine Worthülse und zahnloser Papiertiger zu finden ist - sowie der Wiederverwertung von nur endlich vorhandenen Rohstoffen, einen Bärendienst erwiesen.

Auch spricht es für sich, dass die Autoren des Artikels ungenannt hinter dem Pseudonym "Öffentlichkeitsarbeit des BMU" anonym verschwinden, denn diese werden ausdrücklich auch auf Nachfragen nicht genannt.

Über diesen "Unbedenklichkeitsbericht" werden sich alle Politiker freuen, die Mangels eigener kommunaler Anstrengungen, stattdessen bundesweit zusätzliche Anlagen zur Müllverbrennung einfordern werden. Ebenso werden sich alle Monopolunternehmen zur Strom- und Abfallentsorgung in Deutschland die Hände reiben, deren bisherige Bestrebungen zur Privatisierung und den Ausbau von weiteren MVA sie über diesen Bericht weit geöffnete Türen verschaffen.

Da dieser Bericht, wie von uns dargelegt, insgesamt die Problematik der Abfallverbrennung unzutreffend erfasst, erlauben wir uns, dem Bundesumweltministerium für diese Broschüre den Titel "Oskar der schlechtesten Umweltnachricht des Jahres" zu verleihen!

Mit nachdenklichem Gruß

V.i.S.d.P.: Klaus Koch  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
DAS BESSERE MÜLLKONZEPT  
Tel: 040-599 811  
Mobil-Tel: 0173-63 222 30  
e-mail: [umweltnetzwerk@alice-dsl.de](mailto:umweltnetzwerk@alice-dsl.de)